Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/1255

24. 11. 77

Große Anfrage

der Abgeordneten Lattmann, Weißkirchen (Wiesloch), Dr. Meinecke (Hamburg), Büchner (Speyer), Dr. Enders, Kretkowski, Peiter, Dr. Staudt, Dr. Steger, Thüsing, Voigt (Frankfurt), Wüster, Frau Schuchardt, Dr.-Ing. Laermann, Schäfer (Mainz), Möllemann, Hölscher und der Fraktionen der SPD, FDP

Zur Bildungspolitik

Die Verbesserung und Sicherung der Bildungs- und Berufschancen für die geburtenstarken Jahrgänge ist ein gesellschaftspolitisches Schlüsselproblem für wenigstens ein Jahrzehnt.

Der gegenwärtige Stand der Beschäftigung und die künftig zu erwartende Belastung des Bildungs- und Beschäftigungssystems durch die geburtenstarken Jahrgänge müssen deutlich erkannt und politisch aufgegriffen werden.

Hierzu ist auch eine kritische Bestandsaufnahme der Bildungspolitik im zurückliegenden Jahrzehnt notwendig. Auch wenn das Grundgesetz den Ländern die wesentlichen Zuständigkeiten und damit entscheidende Verantwortlichkeiten im Bereich der Bildungs- und Hochschulpolitik zuweist, muß der Bund im Rahmen seiner begrenzten Möglichkeiten zu einer gesamtstaatlich verantworteten Bildungspolitik beitragen. Die Bewältigung der erkennbaren Probleme ist nicht nur eine Forderung sozialer Gerechtigkeit und der Solidarität zwischen den Generationen, sondern zugleich ein unverzichtbarer Beitrag zur Erhaltung und Weiterentwicklung der freiheitlichen, sozialen und demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung.

Die Lösung der quantitativen und qualitativen Probleme im Bildungs- und Beschäftigungssystem ist notwendig,

- damit ein vernünftiges Klima des Lernens in der Schule und die Verwirklichung von Chancengleichheit und Gleichwertigkeit der Bildungsgänge möglich bleibt;
- damit nicht die Erziehung zum mündigen Bürger ersetzt wird durch Leistungs- und Anpassungsdruck; durch Konkurrenz um Zehntel-Noten und durch Entsolidarisierung;
- damit der soziale Grundkonsens und das zu unserer Staats- und Gesellschaftsordnung gehörende liberale politische Klima der gegenseitigen Toleranz und der offenen Diskussion und Duldsamkeit erhalten bleibt;

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

— damit die Konkurrenzfähigkeit unserer rohstoffarmen Industriegesellschaft im internationalen Wettbewerb durch Entwicklung der Bildung, der Wissenschaft und der Technologie gesichert bleibt.

Wir fragen deshalb die Bundesregierung:

A. Zu den bildungspolitischen, gesellschaftspolitischen und arbeitsmarktpolitischen Auswirkungen der Expansion des Bildungswesens

1. *Zu Umfang und Dichte des Bildungsangebotes*

— Wie haben sich die Schülerzahlen an Realschulen, Gymnasien, Gesamtschulen, beruflichen Vollzeitschulen, im zweiten Bildungsweg und die Studentenzahlen an den Hochschulen von 1965 auf 1977 im Vergleich zu den Jahrgangsstärken entwickelt? Wie war die Entwicklung in den einzelnen Ländern?

— Wie hat sich die Anzahl der Schüler pro Lehrer in den einzelnen Schulformen von 1965 bis heute entwickelt? Welche Auswirkungen hat dies auf die Klassengrößen gehabt?

— Wie hat sich der Anteil der Bildungsausgaben an den öffentlichen Gesamtausgaben im Bund und in den einzelnen Ländern entwickelt? Wie haben sich die Ausgaben je Schüler in den einzelnen Schulformen verändert?

— Welchen Anteil haben die Personalkosten an den Bildungsausgaben, und wie hat sich die Besoldung der Lehrer und Hochschullehrer seit 1965 verändert?

2. *Zur Verbesserung, Verbreiterung und sozialer Absicherung der Bildungschancen*

— Wie verteilen sich die Jugendlichen auf die Klassen 9 und 12 der verschiedenen Schulformen, wieviel Prozent eines Altersjahrganges absolvierten 1965 die verschiedenen Einrichtungen des Bildungswesens, und wie ist das heute?

— Welche Auswirkungen haben der Ausbau des Gymnasiums und die Schaffung anderer Wege zur Hochschule auf die Zusammensetzung der Schüler – bzw. der Studentenschaft nach sozialer Herkunft gehabt?

— Zu welchen Ergebnissen kommen die Modellversuche und die bisher vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen über die Gesamtschule im Bundesgebiet hinsichtlich der Verstärkung der Chancengleichheit, der Förderung unterschiedlicher Begabungen und dem sozialen Lernen? Welche Erkenntnisse lassen sich diesbezüglich über sinnvolle Schulgrößen und bauliche Gestaltung gewinnen?

— Wie haben sich die Leistungen zur sozialen Sicherung für Auszubildende in Schulen und Hochschulen seit 1965 entwickelt, und welche Angaben können über die sozial- und bildungspolitischen Auswirkungen dieser Leistungen gemacht werden?

3. *Zur Auswirkung auf das Verhältnis von Bildungs- und Beschäftigungssystem*

— Welche Qualifikationen hatten die 18- und 30jährigen im Jahre 1965 und welche im Jahre 1975?

— Welche Veränderungen haben sich auf Grund der Entwicklungen im Bildungswesen auf die Qualifikationsnachweise der Erwerbspersonen seit 1965 ergeben?

— Welche Angaben können über die Entwicklung der Bildungsabschlüsse in vergleichbaren Staaten und über deren Verhältnis zum Beschäftigungssystem (beispielhaft) gemacht werden?

— Welche Auswirkungen auf die Nachfrage nach Arbeitsplätzen ergäben sich heute, wenn die Bildungsbeteiligung auf dem Stand von 1965 festgehalten worden wäre?

B. Zum Stand der Entwicklung des Bildungswesens und der Bildungschancen der Jugend sowie zur Bewertung in der öffentlichen Diskussion

Wie beurteilt die Bundesregierung den Stand der inhaltlichen und strukturellen Entwicklung im Bildungswesen? Insbesondere soll auf die folgenden Probleme eingegangen werden:

1. Wie können bereits im Vorschulalter (ohne die Nachteile einer zu frühen „Verschulung") die individuellen Anlagen und Neigungen der Kinder besser gefördert werden, um damit mehr Chancengleichheit zu verwirklichen?
2. Wie kann die Situation der Grundschule durch stärkere Förderung auch musischer, kreativer und praktischer Neigungen des einzelnen Kindes verbessert werden?
3. Wie können die Bildungs- und Förderungsmöglichkeiten für Kinder mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten verbessert werden?
4. Wie kann die Lage der Hauptschüler, insbesondere bezüglich der Veränderung des Unterrichtsangebotes und der Verringerung der Anzahl der Hauptschüler ohne Abschluß verbessert werden? Sollten nicht gerade auch in der Hauptschule die berufsorientierten (Berufswahl, Betriebspraktika), die gesellschaftsbezogenen (Politik, Recht, Wirtschaft) und lebensnahen Inhalte (Gesundheitserziehung, Kindererziehung) ein stärkeres Gewicht erhalten? Welche Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das Fach „Arbeitslehre"?
5. Wie beurteilt die Bundesregierung die Pläne zur stufenweisen Einführung eines zehnten Pflichtschuljahres mit unterschiedlichen Angeboten und Abschlüssen?
6. Wie stellt sich die Lage ausländischer Kinder, vor allem in Ballungszentren und im Hinblick auf Vermeidung von Ghetto-Situationen, dar?
7. Wie können verstärkt die Wahlmöglichkeiten und die Chancenvielfalt in der gymnasialen Oberstufe gesichert werden?
8. In welchem Umfang hat sich die Bildungs- und Berufsberatung als Beitrag zur besseren Orientierung der Jugendlichen im Hinblick auf deren Neigungen und Fähigkeiten sowie auf die Berufsaussichten bewährt?

9. Wie sind die bisherigen Erfahrungen mit praktischen Modellen der Verzahnung allgemeiner und beruflicher Bildung im Bereich der Sekundarstufe II zu beurteilen, und welche Wirkung haben sie vor dem Hintergrund von Numerus clausus und Jugendarbeitslosigkeit?

10. Wie haben sich die Zulassungsbedingungen im Hochschulbereich entwickelt, und wie wird die Entwicklung für die nächsten Jahre in Anbetracht der geburtenstarken Jahrgänge eingeschätzt?

11. Wie kann Chancengleichheit im Bildungsbereich über die Verbreiterung des „Zweiten Bildungsweges" und des Weiterbildungsangebotes gefördert werden?

C. Zu den Aufgaben der nächsten Jahre

Wie stellt sich unter dem Aspekt der Durchsetzung des Rechtes auf Bildung und der Sicherung der Vollbeschäftigung die Aufgabe dar, in den kommenden Jahren die Angehörigen der starken Geburtenjahrgänge mit Bildungsangeboten zu versorgen? Insbesondere fragen wir:

— Welche Schritte hält die Bundesregierung für vorrangig, um unter den oben angeführten Zielvorstellungen die notwendigen Ausbildungskapazitäten im vorschulischen Bildungsbereich, in Schule, Berufsausbildung, Hochschule und im Weiterbildungsbereich bereitzustellen?

— Wie ist hierzu und zu den oben (Abschnitt B) bezeichneten Problembereichen, soweit die Bundesregierung im Rahmen des Kulturföderalismus darauf Einfluß hat, der Stand der vorliegenden Planungen in Staat und Wirtschaft?

— Wie beurteilt die Bundesregierung die Umsetzung dieser Planungen durch die Verantwortlichen? Wo sieht die Bundesregierung Hemmnisse und Faktoren, die die Verwirklichung verzögern können? Wie lassen sich diese Hemmnisse abbauen?

— Was unternimmt die Bundesregierung, um auch den Betroffenen, Jugendlichen und Erwachsenen, die Aufteilung von Zuständigkeiten und Verantwortungen offenzulegen?

Bonn, den 24. November 1977

Lattmann
Weißkirchen (Wiesloch)
Dr. Meinecke (Hamburg)
Büchner (Speyer)
Dr. Enders
Kretkowski
Peiter
Dr. Staudt
Dr. Steger
Thüsing
Voigt (Frankfurt)
Wüster
Wehner und Fraktion

Frau Schuchardt
Dr.-Ing. Laermann
Schäfer (Mainz)
Möllemann
Hölscher
Mischnick und Fraktion